

Othmar von Matt

Die Klausur des Bundesrats zur Sicherheitslage begann am Mittwoch um acht Uhr – und sie dauerte mehrere Stunden. Verteidigungsminister Martin Pfister (Mitte) hatte das Terrain dafür gut vorbereitet.

Im Vorfeld suchte er das persönliche Gespräch mit allen Bundesratsmitgliedern. Er wusste: Sein Vorhaben ist schwierig, weil er Kolleginnen und Kollegen von etwas überzeugen muss, an das er persönlich zwar glaubt, die anderen aber nur sehr bedingt. Für Pfister ist klar: Die kritische Sicherheitslage erfordert es, dass die Armee deutlich mehr Geld erhält, als sie aktuell zur Verfügung hat. Pfister brachte laut «Tages-Anzeiger» die Idee in die Klausur ein, die Mehrwertsteuer um 0,5 Prozent zu erhöhen. Das würde die Armee jährlich mit 1,75 Milliarden Franken zusätzlich versorgen. Mit diesen Geldern sollen vor allem zusätzliche Luftabwehrsysteme beschafft werden.

Unglückliches Spiel über die Bande misslang

Der neue Verteidigungsminister schlägt damit einen anderen Weg ein als Vorgängerin Viola Amherd (Mitte). Im Gegensatz zu ihr tastet er die Schuldbremse nicht an. Die Bevölkerung soll die Mehrkosten tragen.

Amherd war 2024 mit ihren Plänen für mehr Geld gescheitert. Das lag gemäss Insidern an zwei Punkten: Erstens war wohl die Zeit noch nicht reif. Die übrigen Regierungsmitglieder waren mit Ausnahme von Justizminister Beat Jans (SP) nicht überzeugt von der Dringlichkeit des Vorhabens.

Zweitens waren sie verärgert über Amherds Vorgehen. Als Bundespräsidentin versuchte sie, die zusätzlichen Gelder mit einem Spiel über die Bande mit dem Parlament zu erhalten. Sie scheiterte letztlich an einer Achse zwischen Karin Keller-Sutter (FDP) und Albert Rösti (SVP).

Wie fragil die Sicherheitslage auch für die Schweiz ist, wurde gemäss Quellen in der Bundesratsklausur deutlich. Europäische Sicherheitskreise gehen davon aus, dass Russland schon 2028 oder 2029 ein europäisches Land angreifen könnte, aller gegenteiligen Beteuerungen Wladimir Putins zum Trotz.

Die Risiken für die Schweiz erläuterten interne Experten

Sicherheitsexperten rütteln den Bundesrat auf

In der Regierung findet allmählich ein Umdenken statt: Verteidigungsminister Martin Pfister will deutlich mehr Geld für die Armee.



Bundesrat Martin Pfister steigt von einem Leopard-2-Panzer herunter; dies nach einer Medienkonferenz über die Sicherheitspolitik im Mai dieses Jahres auf dem Waffenplatz in Bure.
Bild: Peter Klaunzer/Keystone

aus der Bundesverwaltung: Der abtretende Armeechef Thomas Süssli und sein Nachfolger Benedikt Roos, Markus Mäder als Staatssekretär für Sicherheitspolitik und Serge Bavaud als Chef des Nachrichtendienstes waren zur Klausur geladen.

Laut den Quellen brachten allerdings vor allem die schonungslosen Analysen und Warnungen von externen Experten die Bundesratsmitglieder dazu, leer zu schlucken. Inzwischen deutet einiges darauf hin, dass in der Regierung ein Umdenken stattfindet.

Karin Keller-Sutter und ihre Reise nach Polen

Zentral für die künftige Ausrichtung der Regierung ist die Haltung von Finanzministerin Keller-Sutter. Dazu gibt es ein interessantes Detail. Vor kurzem weilte sie als Bundespräsidentin

in Warschau und traf dort Präsident Karol Nawrocki und Premierminister Donald Tusk. Recherchen zeigen, dass Keller-Sutter bei dieser Gelegenheit von Tusk wissen wollte, wie er die internationale Sicherheitslage einschätze.

Tusks Antwort ist nicht bekannt. Klar sind allerdings zwei Dinge: Polen hat seine Armee in kurzer Zeit zur grössten in der EU aufgerüstet. Die russische Bedrohung ist in Polen omnipräsent. Tusk dürfte Keller-Sutter nichts wesentlich anderes gesagt haben als das, was er in seiner eindringlichen Eröffnungsrede am Warschauer Sicherheitsforum festhielt.

«Es herrscht Krieg», erklärte er im September. «Und es ist auch unser Krieg.» Der Krieg in der Ukraine sei Teil eines schrecklichen Vorhabens, dessen Ziel die Versklavung von Na-

tionen und der Triumph von Autoritarismus, Willkür und Grausamkeit seien. Und er warnte ganz Europa: «Wenn wir diesen Krieg verlieren, werden die Folgen nicht nur für uns, sondern für viele kommende Generationen furchtbar sein.»

Wie das viele Geld beschafft werden soll

Parallel zum Bundesrat diskutieren auch Parlamentsmitglieder über neue Finanzierungsansätze für die Armee. Es zirkulieren zwei neue Vorschläge – und eine Motion, die schon im September eingereicht wurde. Sie dürften in der Dezembersession zum Thema werden.

1. Der Drei-Pfeiler-Ansatz: Er stammt von Ständerat Werner Salzmann. «Die Lage ist sehr ernst», sagt dieser. «Vor allem im Bereich Luftverteidigung

und Cyberabwehr besteht dringender Handlungsbedarf.» Der erste der drei Pfeiler umfasst die zwei bis drei Milliarden Investitionen pro Jahr, die über das ordentliche Armeebudget via Armeebotschaft möglich sind.

Der zweite Pfeiler beinhaltet das Entlastungspaket. «Dort sollten wir Gelder zugunsten der Armee umschichten», sagt Salzmann.

Mit dem dritten Pfeiler will Salzmann das abdecken, was Pfeiler eins und zwei nicht leisten. Es geht um eine Sonderfinanzierung ausserhalb des Budgets nach dem Vorbild des Status S für die Ukraine oder der Corona-Finanzierung. Salzmann: «Diese über die Sonderfinanzierung gebildeten Schulden werden dem Ausgleichskonto belastet und müssen nach einer bestimmten Zeit wieder mit ordentlichen Rechnungs-

überschüssen verrechnet werden können.» Es ist brisant, dass ein prominenter SVP-Politiker eine Sonderfinanzierung vorschlägt. Der Bundesrat hätte mit diesem Vorschlag im Parlament gute Chancen, glaubt Salzmann.

2. Die Fonds-Lösung: Die Allianz Sicherheit Schweiz arbeitet zurzeit an einem Finanzierungskonzept, wie Präsident und Mitte-Nationalrat Reto Nause bestätigt. «Die Armee ist markant unterfinanziert. Deshalb braucht es dringend eine Lösung. Unser Konzept basiert auf einer Fonds-Idee.» Die Allianz sucht zurzeit Wege, wie die nötigen Gelder alimentiert werden könnten. Eine Möglichkeit sehe er darin, den Rüstungsfonds mit sogenannten Finanzüberhängen zu speisen, sagt Nause. Für das Jahr 2025 seien das 300 Millionen.

3. Die Sicherheitsanleihe: Mitte-Ständerätin Andrea Gmür, Präsidentin der sicherheitspolitischen Kommission, reichte im September eine Motion ein, welche die Emission einer Sicherheitsanleihe fordert, analog zur Wehranleihe von 1936. Sie sei aber «völlig offen» dafür, welche Lösung sich letztlich durchsetze, sagt Gmür. «Die Hauptsache ist, dass endlich etwas geschieht. Wir haben eine hohe Dringlichkeit.»

Bundesrat streicht Vorstösse von der Sessions-Agenda

Der Bundesrat hofft, bis Weihnachten Klarheit zu schaffen. Für das weitere Vorgehen braucht er noch eine bis drei Bundesratssitzungen.

Klar ist aber, dass die grosse Armeedebatte, die der Ständerat für Mittwoch geplant hat, zu einer Minidebatte schrumpfen wird. Der Bundesrat will drei zentrale Vorstösse abstraktandieren lassen, wie Quellen bestätigen: Das Postulat «Lücken in der Verteidigungsfähigkeit schliessen» sowie die Motionen «Verteidigungsfähigkeit in der Schweiz wieder herstellen» und «Der Bundesrat muss endlich eine sicherheitspolitische Lagebeurteilung vornehmen» werden aufgeschoben. Die Antworten darauf muss der Bundesrat bis Weihnachten erst noch erarbeiten.

Dem Ratsbüro, das die Planung verantwortet, bleibt deshalb kaum eine andere Wahl, als dem Ersuchen stattzugeben.

Nemo, Kim de l'Horizon und ein X im Pass

Um die Situation von nicht binären Personen zu verbessern, ist der Bundesrat nur zu kleinen Schritten bereit.

Christoph Bernet

Zwei Namen bringen etwas Glamour in eine ansonsten nüchterne Verwaltungslektüre: Nemo und Kim de l'Horizon. Ein am Mittwoch veröffentlichter Bericht des Bundesrats hebt den ESC-Superstar und das Literaturphänomen als positive Beispiele einer «zunehmenden Vielfalt und Sichtbarkeit» der nicht binären Community im Kulturbereich hervor.

Im Auftrag des Nationalrats zeigte der Bundesrat im 47-seitigen Bericht auf, wie die Situa-

tion von nicht binären Personen verbessert werden kann.

Nicht binäre Personen identifizieren sich ausserhalb der bestehenden rechtlichen Kategorien «weiblich» und «männlich», also weder ausschliesslich als Mann noch ausschliesslich als Frau. Das ihnen bei der Geburt zugewiesene Geschlecht entspricht somit nicht «ihrem tiefen Empfinden ihrer eigenen Identität», heisst es im Bericht.

Aus Sicht der Betroffenen ist dort wenig Erfreuliches zu lesen. Im Juni 2024 lud das Bundesamt für Justiz 20 nicht binäre

Personen sowie vier Vertretende von Interessenverbänden zu einem Workshop ein.

Fehlende Garderoben, Hass im Netz

Sie schilderten die zahlreichen Probleme, mit denen sie sich im Alltag und der Gesellschaft konfrontiert sehen: fehlende geschlechtsneutrale Toiletten und Sportgarderoben, Gewalt und Hassrede, Diskriminierungen und verweigerte Leistungen im Gesundheitswesen.

Jann Kraus, Vorstandsmitglied im Transgender Network

Switzerland, lobt das Bekenntnis des Bundesrats zur Gleichberechtigung und zum Schutz nicht binärer Personen gegen Diskriminierung: «Das ist in Zeiten des Backlash ein wichtiges Zeichen.»

Die Landesregierung ist bereit, einen Geschlechtseintrag X (ergänzend zu M und F) im Pass und der Identitätskarte zu prüfen. Ebenso zeigt sie sich offen dafür, nicht binäre Personen statistisch besser zu erfassen oder eine vereinfachte Änderung des Vornamens zu ermöglichen. Viele weitere Probleme sind für

den Bundesrat innerhalb der bestehenden Gesetze und Strukturen anzugehen. Zusätzliche Massnahmen lehnt er wegen drohender Mehrkosten weitgehend ab.

«Ein wichtiger Realitätscheck»

Laut Jann Kraus könnten öffentliche und private Institutionen das Leben nicht binärer Menschen schon heute erleichtern, etwa mit neutralen, inklusiven Formularen oder geschlechtsneutralen Toiletten: «Doch Betroffene haben nicht die Macht,

das einzufordern. Die Umsetzung benötigt klare Initiativen von Politik und Privaten.»

Der Nationalrat verlangte im Bericht explizit nicht, die Einführung eines dritten Geschlechtseintrags in der Rechtsordnung zu prüfen. Dies lehnten Bundesrat wie Parlament bereits mehrfach ab. Der Bericht zeigt für Kraus als «wichtiger Realitätscheck» auf, was unter den geltenden Gesetzen bereits alles getan werden könnte und müsste: «Er zeigt aber auch die Grenzen auf, solange keine dritte Option eingeführt wird.»